

Vorangehen.

Weil es um Sachsen geht.

Löbauer Erklärung – Antrag des Landesvorstandes

Beschlossen auf der Sitzung des Landesvorstands der Sächsischen Union am
14.06.2024

Die Landtagswahl am 1. September wird für die Menschen in Sachsen eine Richtungswahl bei der es darum geht, wie wir in Sachsen in Zukunft miteinander leben und arbeiten wollen. Dabei sind die Bürgerinnen und Bürger in Sorge. Herausforderungen wie Migration, gestiegene Lebenshaltungskosten und Unsicherheiten bei den Energiepreisen und Lieferketten treiben Verbraucher und Unternehmen um. Die Stimmung in der Gesellschaft trübt sich ein, Standpunkte klaffen noch deutlicher auseinander und es entsteht der Eindruck, dass die Ampel-Regierung in Berlin nicht auf die Sorgen der Menschen reagiert.

Als Sächsische Union ist für uns klar: Gerade jetzt braucht es gute und vernünftige Politik, um den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Sicherheit und Stabilität zu geben, für einen funktionierenden Staat zu sorgen, solide und sparsam mit Steuergeld zu haushalten und eine pragmatische, an der Realität und den Grenzen der Belastbarkeit orientierte Politik zu gewährleisten.

Eine funktionierende Demokratie muss starke Meinungsverschiedenheiten aushalten können, doch zeigen die jüngsten Angriffe auf Wahlkämpfer und Drohungen gegen Andersdenkende, dass etwas aus dem Gleichgewicht geraten ist. Die breite Mitte der Gesellschaft ist aufgefordert, für ihre positiven und freiheitlich-demokratischen Überzeugungen noch stärker entgegenzutreten. Als Sächsische Union stehen wir für eine lebendige Debattenkultur: klar in der Sache, aber mit Anstand und Respekt.

Was im Bund falsch läuft, machen wir im Freistaat besser: Wir setzen dem Ampel-Kurs den sächsischen Weg entgegen. Das bedeutet, dass sich unsere Politik an den Bürgerinnen und Bürgern ausrichtet. Wir gehen unseren Weg mit den Menschen in Sachsen und verlassen uns auf unsere Stärke: miteinander offen Probleme ansprechen, gemeinsam nach den besten Lösungen suchen und dann gemeinsam anpacken.

Mit Blick auf die Landtagswahl ist klar: Als Sächsische Union wollen wir mit unserem Spitzenkandidaten Michael Kretschmer stärkste Kraft in Sachsen werden und Sachsen eine starke, bürgerliche Regierung geben.

In der langen Geschichte Sachsens hat sich erwiesen: Die Menschen hier waren immer besonders stark und erfolgreich, wenn Bürger und Wirtschaft mehr Freiraum für Entwicklung, Eigeninitiative und Kreativität hatten. Diesen Antritt bildet auch unser Regierungsprogramm „Weil es um Sachsen geht.“ ab. Mit konkreten Maßnahmen wollen wir in den kommenden fünf Jahren das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen funktionierenden Staat und das gesellschaftliche Miteinander stärken:

1. Unsere Grenzen sicher machen!

Stärkung der gemeinsamen Fahndungsgruppen

In den zurückliegenden Jahren ist vielen Bürgerinnen und Bürgern bewusst geworden, der Eindruck entstanden, die Grenzen seien nicht mehr ausreichend sicher und die menschenunwürdige Schleuserkriminalität nehme zu. Diesem Eindruck eines überforderten Staates müssen gerade wir als Land im Grenzraum durch konkret sichtbare Schritte entgegentreten. Mit der Stärkung gemeinsamer Fahndungsgruppen mit Sicherheitsbehörden aus der Tschechischen Republik und Polen werden wir die Sicherheit unserer Grenzen zu den Nachbarländern wirksam herstellen. Solange es wie aktuell keinen wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen gibt, brauchen wir nationale Grenzkontrollen. Der Erfolg der bisherigen Maßnahmen in Sachsen beweist, dass solche Kontrollen Wirkung zeigen.

2. Flüchtlingspolitik: Die Realität vor Ort muss wieder Maßstab werden!

Jährliche Aufnahme flexibel begrenzen – derzeit auf 3.000 Personen

Bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden muss stärker als bisher beachtet werden, wo die Belastungsgrenzen der Kommunen liegen und wie viel Zuwanderung von den Menschen akzeptiert wird. Ende 2023 gehörten bei uns eine sechsstellige Zahl von Menschen zu den verschiedenen Gruppen von laufendem Asylantrag über Duldung bis zum subsidiären Schutz. Angesichts der aktuellen Situation vor Ort halten wir eine Obergrenze von jährlich 60.000 aufzunehmenden Flüchtlingen für absolut notwendig, damit die logistischen Möglichkeiten und Maßnahmen zur Integration nicht überfordert werden. Für Sachsen würde dies eine

Aufnahme von 3.000 Flüchtlingen bedeuten, während im vergangenen Jahr deutlich mehr Asylsuchende im Freistaat registriert wurden. Wir werden uns in Absprache mit den anderen Bundesländern beim Bund für ein künftiges Modell mit einem sogenannten „atmenden Deckel“ stark machen, durch den die Obergrenze auf Grundlage der jeweiligen Situation jährlich gemeinsam neu festgelegt wird. Zudem fordern wir, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer, die seit 2022 Schutz vor dem russischen Angriff bei uns suchen und diesen selbstverständlich erhalten, angesichts der zunehmenden Dauer ihres Aufenthaltes nur noch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sie dafür jedoch mehr Unterstützung bei der Integration in unseren Arbeitsmarkt bekommen.

3. Konsequentes Einschreiten gegen Kriminalität

Das Eintreten für Recht und Gesetz als Normalfall unterstreichen

Ein Gemeinwesen kann nur dann gedeihen, wenn ein Rechtsstaat nicht nur Recht setzt, sondern dieses auch durchsetzt. Wer sich nicht an die Regeln hält und anderen schadet, bekommt die Konsequenzen zu spüren – auf jedem Quadratmeter unseres Freistaates: Wir akzeptieren keine rechtsfreien Räume und stehen rigoros gegen jede Aufweichung unserer Gesetze ein, denn dies ist das Einfallstor für weitere Auswüchse. Wir wollen in Sachsen noch intensiver Verfahren beschleunigen und die Zahl der Bürgerpolizisten verdoppeln – für mehr spürbare Sicherheit in ganz Sachsen. Ein besonderes Augenmerk muss jungen Ersttätigen und Gewalt unter Jugendlichen gelten. Wir gehen konsequent gegen Reichsbürger und andere Feinde unserer Verfassung vor. Nachdem die aktuelle Bundesregierung zu wenig Engagement bei der Abschiebung straffällig gewordener Asylbewerber an den Tag legt und unseren Forderungen nicht folgt, werden diese umso mehr an die künftige Bundesregierung richten.

4. Unser gemeinsames Fundament sichern!

Mehr Respekt und Sicherheit für alle, die unser Gemeinwesen schützen

Wir werden Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehr- und Rettungskräfte, Amts- und Mandatsträger sowie alle, die durch ihre Tätigkeit besonders sichtbar und gefährdet sind, stärker als bisher schützen. Damit setzen wir den Weg fort, dass entsprechende Handlungen strafrechtlich nicht nur konsequenter belangt werden können, sondern dies auch in der Praxis passiert. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Respekt vor

Ordnungshütern und Rettungskräften, die täglich ihre Gesundheit oder ihr Leben riskieren, in der Gesellschaft gestärkt und ihr Einsatz gewürdigt wird.

5. Erstklassige Bildung: Kein Kind wird zurückgelassen!

Beitragsfreies Kita-Jahr und Reform des Lehramtsstudiums

Wir investieren weiterhin massiv in Bildung – nicht erst in der Schule: Die Grundlagen für die Entwicklung junger Menschen werden weit vor dem ersten Schultag entwickelt. Damit Grundschul Kinder weniger mit Sprachdefiziten und anderen Rückständen zu kämpfen haben, führen wir ein beitragsfreies letztes Kita-Jahr als verpflichtendes Vorschuljahr ein. An seinem Beginn steht eine verbindliche Überprüfung von Sprachvermögen und Ausdrucksfähigkeit, aufgrund derer Defizite bis zur Einschulung durch gezielte Förderung möglichst stark ausgeglichen werden sollen. Um dem Stundenausfall in Schulen zu begegnen, wollen wir das Studium fürs Lehramt reformieren. Studenten sollen dezentral in Sachsen auch an HAW studieren können und gleichzeitig Praxiserfahrung sammeln.

6. Rückenwind für das Ehrenamt!

Mehr Zeit fürs Ehrenamt, weniger Zeit am Schreibtisch

Unser Land und seine Gesellschaft leben an vielen Stellen von ehrenamtlichem Engagement: Sportvereine, Kultureinrichtungen oder Kirchengemeinden sind ein Motor der Gesellschaft und für die Entwicklung der nachfolgenden Generationen. Die dort Aktiven verdienen mehr Würdigung und konkreter Unterstützung. Mit einem Pauschalvertrag mit der GEMA für sächsische Vereine wollen wir Ehrenamtliche von Bürokratie und Kosten entlasten und ihnen mehr Zeit für Engagement schaffen. Ebenso wollen wir bürokratischen Aufwand im Ehrenamt reduzieren.

7. Wir machen ernst: zwei Jahre ohne neue Regeln!

Bürokratiemoratorium stärkt Planungssicherheit

Unseren Willen, eigenes Handeln zu hinterfragen und Regelungen zur Disposition zu stellen, drücken wir ganz konkret durch ein zweijähriges Bürokratiemoratorium aus: keine neuen Regeln, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen belasten. Diese Zeit werden wir für einen Bürokratie-Check zentraler Gesetze und Regelungen sowie Förderverfahren nutzen, sie vereinfachen und ihre Prozesse soweit möglich digitalisieren. Ausgenommen von dem Moratorium sind nur dringend notwendige Regelungen durch

unvorhersehbare Situationen, auf die der Staat – wie während der Corona-Pandemie oder bei Naturkatastrophen – zwingend reagieren muss.

8. Kommunalen Ebene Luft zum Atmen zurückgeben!

Folgekosten vor Ort klarer benennen und abgrenzen

Von einer künftigen Bundesregierung und der sie tragenden Mehrheit im Deutschen Bundestag werden wir eine Debatte über eine Neujustierung von Kosten auf Bundesebene gefällter Entscheidungen fordern. Wenn etwa der Bundesgesundheitsminister jüngst von einer „explosionsartigen“ Zunahme von Pflegebedürftigen sprach, so lassen sich die daraus entstehenden Mehrkosten für Landkreise und kreisfreie Städte unschwer voraussehen. Bereits in den vergangenen Jahren ist der durch sie zu stehende Zuschuss zu den Pflegekosten im zweistelligen Millionenbereich gestiegen, was den finanziellen Handlungsspielraum weiter einschränkt. Wir werden vom Bund eine Rückbesinnung auf das Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“ fordern: eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Pflegekosten bis hin zur Übernahme der gesamten Personalkosten in der Pflege.

9. Fleiß belohnen statt Leistung bestrafen!

Überstunden durch Steuerfreiheit attraktiver machen

Wer mehr arbeitet und mehr verdient, wird bisher durch die Steuerprogression schlechter gestellt. Dies wollen wir umdrehen und uns im Bund dafür einsetzen, dass bei Vollzeitarbeit Überstunden steuerfrei gestellt werden und Mehrarbeit somit attraktiver wird. Das soll auch für Rentnerinnen und Rentner gelten, die einige Stunden pro Woche ihr langjähriges Fachwissen einsetzen und weitergeben wollen. Angesichts des Fachkräftemangels können viele Arbeitgeber und jüngere Kollegen von diesem Wissensschatz profitieren, wodurch zugleich die Wertschätzung für ältere Arbeitskräfte in der Gesellschaft erhöht wird.

10. Dem Fachkräftemangel stärker entgegenwirken!

100-Tage-Programm zur schnellen Abhilfe bestehenden Bedarfs

Gerade in ländlicheren Regionen sind bereits heute die Folgen des Fachkräftemangels zu spüren, der durch den demographischen Wandel noch stark zunehmen wird. Wir werden in einem Schnellverfahren ein 100-Tage-Programm zur Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften in ausgewählten Zielländern und in ausgewählten Branchen vorantreiben.

Dazu werden wir gemeinsam mit der Wirtschaft Anwerbungsbüros einrichten, in denen Menschen befähigt und vermittelt werden, die sich für in Deutschland gefragte Arbeitsfelder interessieren und die nötige Motivation besitzen, Sprache und Beruf zu erlernen und Teil unserer Gesellschaft zu werden. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Ermöglichung der Nutzung der Zeitarbeit für die internationale Fachkräftegewinnung ein.

11. Den Umbruch in Wirtschaft und Forschung mit Optimismus gestalten!

Veränderungsbedarf für Digitalisierung und Zukunftsbranchen nutzen

Unternehmer- und Forschergeist erfordern Tatkraft und Optimismus. Wir Sachsen sind Macher: So wie unsere Vorfahren vor 200 Jahren zu den Vorreitern der ersten Industrialisierung zählten und Produkte aus unserer Heimat zu Weltruf kamen, wollen wir auch die aktuelle Transformationsphase nutzen, um unsere Wettbewerbschancen zu verbessern: vom „Silicon Saxony“ und dem Ausbau unserer Standortpolitik ausbauen für Neuansiedlungen bis zu starken Handwerksbetrieben, wo wir mehr Talenten zum Meisterbrief verhelfen wollen. Zudem fördern wir impulsgebende Wissenschaftsprojekte wie das künftige bundesweite Bauforschungszentrum in der Oberlausitz.

12. Sichere Versorgung bei Krankheit und im Alter!

Gute Gesundheits- und Pflegeversorgung ausbauen

Die Landarztquote war ein großer Schritt in die richtige Richtung. Nach ihrem Vorbild wollen wir eine Quote für Zahnärzte und Apotheker einführen und somit die Versorgung im ländlichen Raum sichern. Die Pflege unserer alternden Bevölkerung ist allein durch Beitragserhöhungen nicht mehr zu finanzieren. Auch die Eigenanteile müssen bezahlbar bleiben. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für einen Pflegekostendeckel einsetzen, der den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und Planbarkeit für das Alter gibt. Wir werden noch intensiver in Kurzzeitpflege, gerade als Entlastung pflegender Angehöriger, investieren und so Möglichkeiten für mehr Freiheit in der Pflege schaffen.

13. Vorfahrt für wichtige Infrastrukturprojekte!

Wichtige Verkehrswege und Netze ausbauen

Sachsen hat immer noch unfertige wichtige Infrastrukturprojekte. Von der A72 im Westen bis zur B178 im Osten: Straßen enden im Nichts, Schienen sind

nicht elektrifiziert. Wir werden uns weiterhin für den raschen Ausbau der A4 stark machen und prüfen eine neue Priorisierung der Strukturstärkungsmittel. Um den Anschluss an die Zukunft nicht zu verpassen, werden wir uns in Europa und beim Bund für einen umfassenden Anschluss unserer Forschungsstandorte an das Wasserstoffnetz einsetzen. Zudem soll es nach Möglichkeit bald keine schwarzen und grauen Flecken mehr in Sachsen geben – weder im Mobilfunk noch beim Internet.

Der Straßenbau geht in Sachsen zu langsam voran. Wir wollen keine Dauerbaustellen, die den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft unnötig Zeit rauben. Wir werden einen Maßnahmenplan erarbeiten, damit wieder schneller gebaut wird.

14. Mehr Bürgerbeteiligung stärkt den Zusammenhalt!

Weiterentwicklung von Mitsprachemöglichkeiten

In den vergangenen Jahren hat die Polarisierung der politischen und gesellschaftlichen Debatten zugenommen. Ob Corona-Pandemie oder Ukraine-Krieg – der Ton ist vielfach rauer geworden und führte sogar zu körperlichen Angriffen. Populisten und Extremisten werben mit falschen Versprechungen und Feindbildern um Anhänger. Daher brauchen wir ein Mehr an demokratischer Debattenkultur und unmittelbarer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger, um mit einer streitbaren und lebendigen Demokratie den Veränderungen zu begegnen. Dazu werden wir die Gesetze über Volksanträge, -begehren und -entscheide im Einvernehmen mit den Kommunen prüfen und weiterentwickeln. Wirksame Bürgerbeteiligung stärkt die Identifikation und Motivation aller Mitwirkenden in Bezug auf ihre Heimat sowie deren Entwicklung.

15. Konkret handeln statt nur fordern!

Den sächsischen Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz nutzen

Zahlreiche notwendige Veränderungen lassen sich nur gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern lösen. Am 1. Oktober übernimmt Sachsen den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz, deren bundesweite Relevanz sich im Zuge den Krisensitzungen während der Corona-Pandemie besonders erwiesen hat. Sachsen hat die Chance, zum Initiator von Reformimpulsen zu werden, die Auswirkungen auf viele Lebensbereiche haben. Bei den bevorstehenden Tagungen in Sachsen und Berlin sowie Gesprächen mit der Bundesregierung werden wir deutlich machen, was der

Umgang mit der Realität vor Ort bedeutet. Zudem werden wir unsere bestehenden Forderungen weiterhin eindringlich gegenüber der Bundesregierung vertreten, etwa unser Ziel, die Mehrwertsteuer für die Gastronomie wieder zu senken.